



Gemeinderat

Protokoll Nr. 04/2015

Datum Donnerstag, 11. Juni 2015

Dauer 11:00 - 16:50 Uhr

Anwesend

Präsident Christian Durisch

Mitglieder Romano Cahannes

Rita Cavegn Hänni

Mario Cortesi

Tina Gartmann-Albin

Stefan Grass

Oliver Hohl

Dr. Dominik Infanger

Dr. Jürg Kappeler

Franco Lurati

Dr. Carla Maissen

Anita Mazzetta

Adrian J. Meier

Dr. Jean-Pierre Menge

Dr. Hans Martin Meuli

Beath Nay

Dr. Giancarlo Sala

Michael Trepp

Susanne von Rechenberg

Martha Widmer-Spreiter

Stadtrat Stadtpräsident Urs Marti

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber

Stadtrat Tom Leibundgut

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Entschuldigt Guido Decurtins





Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 7. Mai 2015
2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2014 IBC Energie Wasser Chur; Kenntnisnahme
3. Botschaft Festlegung des Rahmens der Wassertarife
4. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014 / GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2014
5. Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung "2.0"; Bericht zum Stand der Arbeiten Juni 2015
6. Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen 2015
7. Botschaft Kürzung der Beiträge an die ausserschulische Musikerziehung (ALÜ 2.0, Massnahme 2007 S)
8. Botschaft Bahnhofstrasse (Alexanderplatz - Postplatz); Sanierung und Neugestaltung
9. Botschaft Region Plessur; Genehmigung der Statuten
10. Jahresrechnung 2014 Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur (WSC); Kenntnisnahme
11. Geschäftsbericht 2014 Chur Tourismus; Kenntnisnahme
12. Petitionen des Jugendparlaments Stadt Chur gemäss Art. 64 Geschäftsordnung
13. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

1. **Protokoll der Sitzung vom 7. Mai 2015**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.



2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2014 IBC Energie Wasser Chur; Kenntnisnahme

Für die Behandlung dieses Geschäfts nehmen Verwaltungspräsident Urs **Schädler**, Direktor Martin **Derungs** sowie Finanzchef Martin **Lang** Einsitz.

Unter Verweis auf das bald ausgeschöpfte Potenzial bei der Fernwärme wird die Frage aufgeworfen, warum sich die IBC nicht als Partner der Axpo Tegra AG engagierten; aktuell leite diese überschüssige Wärme in den Rhein. Der Stadtrat könne via Eigentümerstrategie Einfluss nehmen. Mit Blick auf das Bild der Geschäftsleitung im Jahresbericht wird angemerkt, dass ein weibliches Gesicht wünschbar wäre. Der "Rhienergie" wird attestiert, sie wirke nach aussen sehr innovativ; die IBC könnten in diesem Bereich mehr machen. Konkret wird nach dem Stand der Fotovoltaik auf der ARA gefragt.

Unter Verweis auf die im Vorfeld der heutigen Sitzung stattgefundenene Informationsveranstaltung der IBC führt der **Stadtpräsident** aus, dass solche Fragen dort hätten diskutiert werden können. Das Jahresergebnis sei bemerkenswert, wenn man bedenke, dass andere Energieversorger/innen rote Zahlen schrieben. Die IBC hätten einen hohen Investitionsbedarf, der wiederum zu hohen Abschreibungen führe. Die Konstanz der Ablieferung an die Stadt beizubehalten sei angesichts drohender Margenverluste ambitiös. Was den Anschluss an die Axpo Tegra AG anbelange, so sollte dies möglich sein, bedenke man, dass man die Leitung der GEVAG Untervaz auch nach Chur verlegt habe. Bis es so weit sei, werde mit Erdgas überbrückt. Gender-Fragen seien auch für den Stadtrat ein Thema, doch könne er die Zusammensetzung der Geschäftsleitung direkt nicht beeinflussen; immerhin sei der Verwaltungsrat mit einer Frau besetzt. Was die Wirkung der IBC nach aussen anbelange, so gerieten solche Aktionen rasch in die Kritik der Politik; hier versuchten die IBC eine Balance zu finden. Er jedenfalls nehme die IBC positiv wahr.

Stadtrat Leibundgut führt zur Fotovoltaik-Anlage auf der ARA aus, die Anbieter-Firma sei Konkurs gegangen, weshalb das Geschäft neu aufgelegt werden müsse.

VR-Präsident **Schädler** ergänzt, aktuell habe die Axpo Tegra AG Domat/Ems im Fokus, weil die Kosten sonst aus dem Ruder gelaufen wären. Momentan werde das Projekt mit einem neuen Zubringer nach Chur neu aufgerollt; so gesehen sei die Ampel auf orange-grün. Die IBC stünden im Wettbewerb, sie täten viel, er erinnere an die Solaranlage auf dem neuen Medienhaus der Somedia. Was die Zusammensetzung der Geschäftsleitung anbelange, so hoffe er eher auf Konstanz, da dies die Arbeit wesentlich erleichtere.

**Kenntnisnahme:**

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Rat vom Jahresbericht und Jahresrechnung 2014 der IBC Energie Wasser Chur Kenntnis genommen hat.

3. Botschaft Festlegung des Rahmens der Wassertarife**Antrag**

Der Rahmen für die Wassertarife wird gestützt auf Art. 14 Abs. 4 des Gesetzes über die Industriellen Betriebe der Stadt Chur (IBC-Gesetz, RB 811) von Fr. 1.30/m³ - Fr. 1.80/m³ festgesetzt.

Kappeler tritt für die Behandlung dieses Geschäfts in den Ausstand und verlässt den Saal.

Der Antrag stösst auf grundsätzliche Zustimmung. Der Aufschlag sei zwar hoch, der Tarif jedoch seit über zehn Jahren nicht mehr angepasst worden. Die Vergleiche mit anderen Städten zeigten zudem, dass der Preis auch nach Erhöhung noch moderat sei. Betont wird auch das im IBC-Gesetz enthaltene Verbot der Quersubventionierung des Wassergeschäfts. Dem Grundsatz der verbrauchergerechten Gebühren werde nachgelebt, damit werde auch sichergestellt, dass die Versorgung für kommende Generationen gewährleistet bleibe. Betont wird die Wichtigkeit, die Kosten transparent und nachvollziehbar auszuweisen. Es gelte auch, die Kostenseite zu optimieren; offenbar seien Effizienzmassnahmen umgesetzt worden, diese blieben in der Botschaft jedoch unerwähnt. Der Benchmark wird insofern kritisiert, als man bewusst teure Städte als Vergleich herangezogen habe. Die Breite des Tarifrahmens wird ebenfalls kritisiert; diesbezüglich wird die Hoffnung ausgedrückt, dass der angestrebte Tarif von Fr. 1.30/m³ für die nächsten Jahre Bestand habe. Diesbezüglich werden die IBC aufgefordert, Mass zu halten.

- **Antrag SVP-Fraktion**

"Der Rahmen für Wassertarife wird gestützt auf Art. 14 Abs. 4 des Gesetzes über die IBC auf Fr. 1.30/m³ festgesetzt."



Cortesi begründet den Antrag mit einer bewussten Beschränkung bei Fr. 1.30/m³, eine Tarifierhöhung müsse damit dem Gemeinderat bei Bedarf wiederum vorgelegt werden.

Gegen den Antrag wird argumentiert, man habe bei der Erarbeitung des IBC-Gesetzes bewusst eine Einmischung der Politik vermeiden wollen. In diesem Zusammenhang wird nochmals auf die Wichtigkeit der Transparenz hingewiesen. Zudem wird die Vermutung geäußert, dass der Investitionsbedarf künftig eher zunehmen werde. Hier dürfe dem Verwaltungsrat der IBC Vertrauen geschenkt werden.

Unter Verweis auf Art. 14 Abs. 4 IBC-Gesetz hält **Stadtrat Leibundgut** fest, der Gemeinderat müsse zwingend einen Rahmen festlegen. Die letzte Tarifierhöhung sei vor dem Inkrafttreten des geltenden IBC-Gesetzes erfolgt. Die im Antrag genannte Obergrenze entspreche dem "worst case". Die IBC rechneten mit einem künftig geringeren Rückgang des Verbrauchs; entsprechend sollte der neue Tarif von Fr. 1.30/m³ für die nächsten fünf Jahre Bestand haben.

Die SVP-Fraktion **zieht** ihren ersten Antrag **zurück** und stellt folgenden

- **Antrag** der SVP-Fraktion

"Der Rahmen für Wassertarife sei gestützt auf Art. 14 Abs. 4 des Gesetzes über die IBC von Fr. -.90/m³ bis Fr. 1.30/m³ festzulegen."

Cortesi begründet den Antrag mit einer bewussten Beschränkung bei Fr. 1.30/m³, eine Tarifierhöhung müsse damit dem Gemeinderat bei Bedarf wiederum vorgelegt werden.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 17 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 17 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen wie folgt zum Beschluss erhoben:



Der Rahmen für die Wassertarife wird gestützt auf Art. 14 Abs. 4 des Gesetzes über die Industriellen Betriebe der Stadt Chur (IBC-Gesetz, RB 811) von Fr. 1.30/m³ - Fr. 1.80/m³ festgesetzt.

4. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014 / GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2014

Antrag

1. *Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2014 wird genehmigt.*
2. *Die Jahresrechnung 2014 mit*

<i>einem Aufwand von</i>	<i>Fr.</i>	<i>242'095'231.46</i>
<i>und einem Ertrag von</i>	<i>Fr.</i>	<i>245'334'155.77</i>
<i>sowie einem Ertragsüberschuss von</i>	<i>Fr.</i>	<i>3'238'924.31</i>

wird genehmigt.
3. *Die Investitionsrechnung 2014 mit Nettoinvestitionen von Fr. 24'356'340.87 wird genehmigt.*

Mit Bericht vom 11. Mai 2015 beantragt die **GPK** ebenfalls Genehmigung der Jahresrechnung 2014 sowie der Nachtragskredite, welche in die Genehmigungskompetenz des Gemeinderates fallen.

GESCHÄFTSBERICHT

(abteilungsweises Vorgehen)

DEPARTEMENT 1

Kontaktstelle Wirtschaft

Frau Gartmann erkundigt sich nach den bisherigen Erfolgen der Wirtschaftsförderung. Der **Stadtpräsident** erwidert, dass Erfolge nicht immer klar zugeordnet werden könnten. Man



konzentriere sich aktuell auf bestehende Firmen, denen städtisches Land habe angeboten werden können.

Hohl dankt im Namen des Gewerbevereins, von wo er positive Rückmeldungen erhalte. Dort werde festgestellt, dass Aufträge vermehrt in Chur vergeben würden. Wünschbar wäre eine Statistik im Geschäftsbericht. Der **Stadtpräsident** bestätigt, dass der Stadtrat diesbezüglich eine Praxisänderung vorgenommen habe, indem Spielräume konsequent genutzt würden.

Sportanlagen

Frau Widmer lobt die Änderungen beim Wellness, kritisiert jedoch, dass im neuen Saunahof Frauen und Männer durch eine Wand getrennt werden. Der **Stadtpräsident** bezeichnet die Mauer als nachvollziehbar, da man sich in Chur kenne. Man werde einmal die Erfahrungen abwarten.

Stadtpolizei

Menge nimmt Bezug auf die Statistik der Radarkontrollen. Diese seien im Berichtsjahr rückläufig, was er falsch finde, denn diese hätten präventive Wirkung. Sie seien auf den Stand der Vorjahre zurückzuführen. Der **Stadtpräsident** sieht die Radarkontrollen nicht als "Abzocke", sondern diese stünden im Dienste der Verkehrssicherheit. Aufgrund der Personalknappheit hätten die Prioritäten vorübergehend anders gesetzt werden müssen. Im Übrigen sehe er die tiefen Unfallzahlen und Delikte als Folge guter Polizeiarbeit.

DEPARTEMENT 2

Keine Wortmeldungen.

DEPARTEMENT 3

Hochbauamt

Grass bemerkt zum Energierichtplan, dieser müsse unbedingt regional erarbeitet bzw. abgestimmt und öffentlich zugänglich gemacht werden. **Stadtrat Leibundgut** erwidert, der Energierichtplan werde im Internet aufgeschaltet und bei der Beratung von Bauwilligen kon-



sultiert. Zudem existiere eine Projektgruppe, an der sich Vertreter/innen der verschiedenen Regionen beteiligten.

Werkbetrieb

Menge merkt an, interessanter als der Einkauf von Salz und Splitt wären die effektiven Verbräuche. Er bezeichnet zudem die Schneeräumung als nicht optimal, insbesondere jene für den Veloverkehr. **Stadtrat Leibundgut** erklärt sich bereit, die effektiven Verbrauchszahlen künftig zu kommunizieren, sofern dies machbar sei. Bei der Schneeräumung habe der amtierende Stadtrat eine Praxisänderung vorgenommen und die Sparmassnahmen aufgehoben.

RECHNUNG / GPK-BERICHT

(Beratung anhand des GPK-Berichts)

Für die Beratung dieses Traktandums nehmen die Herren **Bislin** und **Guidali** von der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung Einsitz.

GPK-Präsident Cahannes führt aus, das sehr gute Jahresergebnis habe Überraschung und Freude zugleich ausgelöst. Dafür bedanke er sich im Namen der GPK beim Stadtrat und den Mitarbeitenden. Die Gründe für das gute Ergebnis lägen in höheren als budgetierten Erträgen und bei tieferem Sachaufwand und Personalkosten; die Budgetdisziplin sei ausserordentlich hoch gewesen. Man habe alles daran gesetzt, die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ 2.0) umzusetzen. Dennoch sei Euphorie fehl am Platz. Die höheren Erträge hätten wirtschaftliche Gründe und seien mithin volatil, und man profitiere auch von historisch tiefen Zinsen. Damit könnte das langfristige Fremdkapital erhöht werden, doch frage sich, wie lange die tiefen Zinsen anhielten. Auch investiere die Stadt nach wie vor zu wenig. Zu bedenken sei auch, dass die Investitionen nicht zu 100 %, sondern eben nur knapp vollständig eigenfinanziert werden konnten. Ziehe man diese Aspekte in Betracht, sehe die Rechnung wieder anders aus. Die Ziele von ALÜ 2.0 seien bei weitem nicht erreicht, weshalb man weiterhin auf der Hut sein müsse. Zu bedenken sei auch, dass von den rund 24'000 Steuerpflichtigen nur gerade 300 Personen oder 1.25 % Stadtsteuern von über Fr. 30'000.-- bezahlten. Unter den Neuzuziehenden gebe es kaum einen, der kostendeckende Steuern bezahle. Das bedeute, dass ein Grossteil der Lasten durch wenige Leute getragen würden. Dennoch sei unser Steuersystem richtig, welches die wirtschaftliche Leis-



tungsfähigkeit berücksichtige. Es gelte aber, zu den guten Steuerzahlenden Sorge zu tragen und die guten Rahmenbedingungen zu erhalten.

In der kurzen Diskussion erhalten Stadtrat und Verwaltung Lob. Es werde nach wie vor zu wenig investiert, vor allem auch in den Unterhalt. Die budgetierten Brutto-Investitionen sollten deshalb nicht unterschritten werden. Deshalb sei bereits im Rahmen der Budgetierung an Alternativen zu denken. Dem Stadtrat wird attestiert, dass er seine Haltung gegenüber seinen Vorgängern geändert habe. Dass nicht alles ausgegeben werde, habe auch positive Aspekte. Die finanzpolitische Ausgangslage habe sich verändert, dennoch müsse man neuen Aufgaben gegenüber kritisch bleiben.

Der **Stadtpräsident** unterstreicht die gute Leistung, welche die Mitarbeitenden erbracht hätten. Der Stadtrat habe seinen Dank an das Personal mit Gratisbilletten des Zirkus Knie zum Ausdruck gebracht. Diese gute Stimmung gelte es nun zu erhalten. Der Stadtrat habe die wesentlichen Eckwerte im Rechnungsjahr 2014 erreicht, sei deshalb aber ebenfalls nicht euphorisch. Es sei eine Selbstfinanzierung von fast 100 % erreicht worden, dennoch sei darauf hinzuweisen, dass die Stadt zwingend Gewinn ausweisen müsse, wolle sie ihre Investitionen auch künftig selbst finanzieren. Mit den Steuerzahlenden müsse sorgsam umgegangen werden. Bedenke man, dass die Stadt pro Kopf Fr. 6'500.-- ausbebe, so ergäben sich z.B. für eine vierköpfige Familie erhebliche Gegenwerte. Vom finanzwirksamen Aufwand von 200 Mio. Franken entfielen lediglich die Hälfte auf Steuern, entsprechend wichtig seien die Zusatzeinnahmen, z.B. aus der Landpolitik. Die Schulden der Stadt müssten im Rhythmus von zehn Jahren neu finanziert werden, im aktuellen Zinsumfeld sei deshalb der Verzicht auf einen Schuldenabbau vertretbar. Bei den Investitionen sei ein Zielwert von 30 Mio. Franken anzustreben, dabei befinde man sich nicht in einem komfortablen Bereich, sondern es gehe primär um den Erhalt des Bestehenden. Jeder Verzicht auf eine Investition sei begründbar, sie komme dann aber ein Jahr später und müsse vom Gemeinderat wiederum bewilligt werden. Um Projekte in Reserve zu planen, fehlten die Ressourcen. Das, was in der Investitionsrechnung vorgesehen sei, werde geplant, in der Annahme, dass der Gemeinderat eine Summe zwischen 25 Mio. und 30 Mio. Franken freigeben werde.

Stadtrat Leibundgut ergänzt, dass z.B. im Werkbetrieb fast das ganze Kader ausgetauscht worden sei, weshalb man gewisse Investitionen bewusst zurückgestellt habe, um diese zu hinterfragen.



INVESTITIONSRECHNUNG

Keine Wortmeldungen.

NACHTRAGSKREDITLISTE

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2014 wird genehmigt.
2. Die Jahresrechnung 2014 mit
einem Aufwand von Fr. 242'095'231.46
und einem Ertrag von Fr. 245'334'155.77
sowie einem Ertragsüberschuss von Fr. 3'238'924.31
wird genehmigt.
3. Die Investitionsrechnung 2014 mit Nettoinvestitionen von Fr. 24'356'340.87 wird genehmigt.
4. Die Liste mit den Nachtragskrediten wird genehmigt.



5. Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung "2.0"; Bericht zum Stand der Arbeiten Juni 2015

Antrag

Vom Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten Juni 2015 im Auftrag der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird Kenntnis genommen.

Meuli führt namens der FDP-Fraktion aus, die Übung ALÜ 2.0 sei gut angelaufen, und es sei eine Aufwandreduktion von rund 5.2 Mio. Franken erreicht worden. Aktuell hätten sie aber den Eindruck, es gehe nicht mehr weiter. Die FDP wolle an der ursprünglichen Zielsetzung festhalten und ALÜ 2.0 neuen Schwung verleihen. In der Antwort auf ihren heute eingereichten Vorschlag solle der Stadtrat aufzeigen, wie es weitergehe.

Auf die Frage nach dem Stand der Einführung der Kanalgebühr führt **Stadtrat Leibundgut** aus, die Verfügung sei beim Kanton in Vorbereitung. Eine Zeitachse sei ihm nicht bekannt, auch andere Gemeinden erhielten eine Verfügung.

Nay bezieht sich auf die Aussage, 75 % der Ausgaben seien gesetzlich gebunden. Dazu sei zu sagen, dass Gesetze und Verordnungen auch abgeändert werden könnten. Sparpotenzial ortet er beim Lohnstufenanstieg und bei der Krankentaggeld-Versicherung.

Der **Stadtpräsident** äussert sich nochmals zur Methodik des Sparens, welche bei ALÜ 2.0 vom Stadtrat gewählt wurde. Der Stadtrat habe eine umfassende Vorlage gebracht, welche auch Gesetzesanpassungen beinhaltete. Dabei habe der Gemeinderat die Möglichkeit gehabt, die Sparvorschläge anders zu gewichten. Der Stadtrat habe alle möglichen Massnahmen ohne Ausnahmen bzw. Reserven aufgelistet. In der Zwischenzeit seien einige der Vorschläge vom Gemeinderat oder vom Volk abgelehnt worden. Der Stadtrat sei der Auffassung, den Auftrag erfüllt zu haben. Weitere Vorschläge setzten eine breitere Akzeptanz voraus. Dabei gelte es zu vermeiden, Vorschläge zu bringen, welche das Personal verunsicherten und nur Ärger verursachten. Die Frage stelle sich, welche Vorschläge der Gemeinderat diskutieren wolle. Die als Kompensation gedachten Vorschläge des Stadtrates in Priorität 3 jedenfalls habe der Gemeinderat nicht diskutieren wollen. Zu bedenken sei auch, dass zahlreiche Vorgaben im Grossen Rat beschlossen würden und allenfalls dort Einfluss



zu nehmen sei. Er erinnere an den Schulbereich, wo klare Vorgaben bestünden, etwa zum automatischen Lohnstufenanstieg. Wollte man dort ansetzen, riskiere man eine "Zweiklassengesellschaft" von Verwaltungspersonal und Lehrpersonen.

Kenntnisnahme:

Vom Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten Juni 2015 im Auftrag der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird Kenntnis genommen.

6. Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen 2015

Antrag

Der Stadtrat beantragt, folgende Vorstösse als erledigt abzuschreiben:

- *Auftrag SP-Fraktion betr. Prüfung und Einführung eines Einheimischtarifs in Chur*
- *Auftrag GPK betr. Büromaterialeinkauf, Evaluation einer neuen Lösung*
- *Postulat CVP-Fraktion betr. Schulhaus Chur West*
- *Auftrag Fraktionen Freies Grünes Bündnis/GLP und SP betr. Einführung einer Förderabgabe für Energieeffizienz und erneuerbare Energien*
- *Auftrag BDP zur Verkehrsverflüssigung beim Anschluss Chur Nord.*

Abstimmungen:

Die Vorstösse

- Auftrag SP-Fraktion betr. Prüfung und Einführung eines Einheimischtarifs in Chur
- Auftrag GPK betr. Büromaterialeinkauf, Evaluation einer neuen Lösung
- Postulat CVP-Fraktion betr. Schulhaus Chur West
- Auftrag Fraktionen Freies Grünes Bündnis/GLP und SP betr. Einführung einer Förderabgabe für Energieeffizienz und erneuerbare Energien

gelten mangels Gegenanträgen als **einstimmig abgeschlossen**.

**Abstimmung:**

Die Abschreibung des Auftrags der BDP zur Verkehrsverflüssigung beim Anschluss Chur Nord wird mit 13 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Schlussabstimmung:

Folgende Vorstösse werden einstimmig als erledigt abgeschrieben:

- Auftrag SP-Fraktion betr. Prüfung und Einführung eines Einheimischtarifs in Chur
- Auftrag GPK betr. Büromaterialeinkauf, Evaluation einer neuen Lösung
- Postulat CVP-Fraktion betr. Schulhaus Chur West
- Auftrag Fraktionen Freies Grünes Bündnis/GLP und SP betr. Einführung einer Förderabgabe für Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

7. Botschaft Kürzung der Beiträge an die ausserschulische Musikerziehung (ALÜ 2.0, Massnahme 2007 S)**Antrag**

1. *Die Teilrevision der Verordnung zum Kulturförderungsgesetz der Stadt Chur wird genehmigt.*
2. *Die Massnahme 2007 S aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 (ALÜ 2.0) betreffend Kürzung der Beiträge an die ausserschulische Musikerziehung wird als erledigt abgeschrieben.*
3. *Der Auftrag des Gemeinderates vom 23. Oktober 2014 (GRB.2014.52) wird als erledigt abgeschrieben.*

• Rückweisungsantrag Cavegn

Die Eidgenössischen Räte hätten im Rahmen der Kulturförderung 2016-2020 3.4 % mehr Mittel bewilligt, begründet **Frau Cavegn** ihren Antrag. Unter anderem sei beabsichtigt, Einkommensschwache vermehrt zu unterstützen. Da die konkreten Auswir-



kungen noch unklar seien, jedenfalls die Tarife aber ohnehin per 2017 revidiert werden müssten, sei mit der Vorlage noch zuzuwarten.

- **Antrag** von Rechenberg

"Der Grundbeitrag von Fr. 10'000.-- sei bei der Konzerttätigkeit der Singschule zu belassen. Gleichzeitig sei der jährliche literarische Werkbeitrag von Fr. 10'000.-- zu streichen."

Frau **von Rechenberg** begrüsst die überarbeitete Botschaft, bekundet aber Mühe mit den weiteren Kürzungen im Kulturbereich. Alle fünf gekündigten Leistungsvereinbarungen betreffen Konzertveranstaltungen, obschon Kultur noch mehr umfasse. Die höchste Einsparung werde mit Fr. 22'000.-- bei der Singschule erzielt. Konzertveranstaltungen bildeten auch Bestandteil der Musikerziehung. Da sie aber diesen Betrag im Rahmen von ALÜ 2.0 einsparen wollten, stellten sie den zweiten Antrag. Dies sei vertretbar, da die Werkbeiträge an bereits etablierte Künstlerinnen und Künstler ausgerichtet würden.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber bestätigt, dass der Entscheid in Bern zum Zeitpunkt der Erarbeitung der vorliegenden Botschaft noch nicht gefallen war. Die Abklärungen hätten ergeben, dass die Gelder für vermehrte Unterstützung ab 1. Januar 2016 flössen. Auch die Vorgaben des Bundes seien bekannt. Vor allem einkommensschwache Familien sollten stärker entlastet werden, was andere Tarife bedinge. Auch könnten neu besonders Begabte speziell unterstützt werden, ein Umstand, der heute nicht abgedeckt sei. Die Änderungen würden per Schuljahr 2016/2017 aktuell, sobald genauere Angaben vorhanden seien, werde dem Gemeinderat eine neue Botschaft unterbreitet. Dabei gehe sie davon aus, dass die Stadt höhere Beiträge leisten müsse. Zu den in der Botschaft erwähnten, gekündigten Leistungsvereinbarungen bemerkt die Stadträtin, künftig werde von Fall zu Fall entschieden, wer Gelder bekomme. Es gebe pauschal weniger Geld, das gerecht zu verteilen sei. Der Grund, weshalb bei den Konzerten gekürzt wurde, liege daran, dass bereits heute die Konzerte am meisten gefördert würden. Entsprechend gelte es zu hinterfragen, inwiefern diese Konzerttätigkeit noch unterstützt werden könne. Zum Ansinnen, den literarischen Werkbeitrag zu streichen, sei zu bemerken, dass dieser auf nationaler Ebene zur Förderung von Nachwuchstalenten unbestritten sei. Was die Singschule anbelange, so bestehe heute eine Ungleichbehandlung, und auch die Singschule müsse künftig Gesuche für Konzerte einreichen. Wenn der Singschule ein Grundbeitrag ausgerichtet werde, müsste dies auch bei der Musikschule und der Jugendmusik erfolgen. Eine Kompensation der Ausfälle über den Nachlass Graber stehe nicht zur Diskus-



sion; der Stadtrat habe entschieden, diese Gelder für den ausserschulischen Schulsport zu verwenden.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag wird mit 12 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt klar, dass die Leistungsvereinbarungen in die Kompetenz des Stadtrates fallen und nicht Bestandteil der heutigen Diskussion bilden; vorliegend gehe es einzig um die Teilrevision des Kulturförderungsgesetzes.

Der **Stadtpräsident** ergänzt, der Gemeinderat könne am bewilligten Budget nicht willkürlich Einzelpositionen ändern. Dies könne er wiederum im Dezember im Rahmen des Budgets 2016 tun. Die Kürzung von Fr. 10'000.-- in der Leistungsvereinbarung der Singeschule habe rein informativen Charakter.

Frau von Rechenberg zieht ihre beiden Anträge zurück.

GPK-Präsident Cahannes bittet den Stadtrat, den heute von der Mehrheit manifestierten Willen des Gemeinderates für das Budget 2016 zu berücksichtigen.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Die Teilrevision der Verordnung zum Kulturförderungsgesetz der Stadt Chur wird mit 12 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.
2. Die Massnahme 2007 S aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 (ALÜ 2.0) betreffend Kürzung der Beiträge an die ausserschulische Musikerziehung wird mit 12 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen als erledigt abgeschlossen.
3. Der Auftrag des Gemeinderates vom 23. Oktober 2014 (GRB.2014.52) wird mit 10 Ja-Stimmen bei 10 Enthaltungen als erledigt abgeschlossen.



8. Botschaft Bahnhofstrasse (Alexanderplatz - Postplatz); Sanierung und Neugestaltung

Antrag

1. *Das Projekt "Bahnhofstrasse (Alexanderplatz - Postplatz)" wird genehmigt und der Nettokredit von Fr. 2'350'000.-- bewilligt (Konto 5010.01, Kostenstelle 72.9400 "Bahnhofstrasse (Alexanderplatz - Postplatz)" inkl. MwSt, +/- 10 %; Kostenstand April 2015).*
2. *Der Auftrag Christian Durisch betreffend attraktives Stadtbild - Neugestaltung Postplatz Chur, an den Stadtrat überwiesen am 11. März 2010, wird als erledigt abgeschrieben.*

Die Vorlage wird vom Rat sehr gut aufgenommen und ist sachlich unbestritten. Fragen werden zur Anzahl Veloabstellplätze gestellt. Es wird angeregt, dies nochmals mit den Sachverständigen zu erörtern. Kritisiert wird die Aufhebung des Linksabbiegers von der Gägge- in die Grabenstrasse; hier solle beim Kanton nochmals interveniert werden.

Stadtrat Leibundgut bezeichnet die vorgesehenen 40 Veloabstellplätze nicht als sakrosankt; sie würden diesbezüglich die ganze Bahnhofstrasse im Auge behalten, es handle sich um einen laufenden Prozess. Bezüglich Linksabbieger stünden sie noch in Verhandlungen mit dem Kanton; die aktuelle Lösung sei als günstigster und zielführendster Vorschlag bezeichnet worden. Die Verkehrsführung werde nun während eines Jahres mittels Zählungen überwacht; sollte sich die Lösung nicht bewähren, könnte entweder eine Kreis- oder eine Ampel-Lösung gewählt werden.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Das Projekt "Bahnhofstrasse (Alexanderplatz - Postplatz)" wird einstimmig genehmigt und der Nettokredit von Fr. 2'350'000.-- bewilligt (Konto 5010.01, Kostenstelle 72.9400 "Bahnhofstrasse (Alexanderplatz - Postplatz)" inkl. MwSt, +/- 10 %; Kostenstand April 2015).
2. Der Auftrag Christian Durisch betreffend attraktives Stadtbild - Neugestaltung Postplatz Chur, an den Stadtrat überwiesen am 11. März 2010, wird mit 10 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als erledigt abgeschrieben.



9. Botschaft Region Plessur; Genehmigung der Statuten

Antrag

1. *Der Statutenentwurf der Region Plessur wird genehmigt.*
2. *Der Statutenentwurf untersteht gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem fakultativen oder dem obligatorischen Referendum.*

Die unbefriedigende Situation mit den Regionsstatuten, denen praktisch nur zugestimmt werden kann, hat der Stadtrat bereits in der Botschaft dargelegt. Die kurze Debatte bestätigt diese Einschätzung. Das Vorgehen wird als wenig transparent und demokratisch bezeichnet, weil z.B. die Präsidentenkonferenz nicht auf Regionsebene gewählt wurde; sie setzt sich aus den Präsidenten der Regionsgemeinden zusammen. Die Region müsse erst noch zusammenwachsen und ihre Entscheidungen transparent machen. Kritisiert wird ferner, dass die Stadt nur 50 % Stimmrecht habe, jedoch den überwiegenden Teil des Defizits zu tragen habe. Verwiesen wird auf die ausführliche Debatte im Grossen Rat, wo man sich letztlich gegen Regionalparlamente ausgesprochen habe. Positiv erwähnt wird der Umstand, dass die Stadt nicht überstimmt werden könne und zudem im vorliegenden Fall die Möglichkeit bestehe, das fakultative Referendum zu ergreifen. Verwiesen wird ferner auf Art. 5 Abs. 2 der Statuten, wonach keine Gemeinde verpflichtet werden kann, eine nicht durch übergeordnetes Recht vorgeschriebene regionale Aufgabe der Region zur Erfüllung zu übertragen.

Der **Stadtpräsident** erklärt, er könne das Unbehagen nachvollziehen. Vorliegend gehe es um den formellen Vollzug eines Entscheids des Souveräns. Die Zuständigkeit sei abgeklärt worden, und das Amt für Gemeinden habe schliesslich empfohlen, die Statuten analog einem Gesetz dem Gemeinderat vorzulegen. Unbefriedigend sei dabei insbesondere, dass Chur auch bei einer Volksabstimmung durch die anderen Gemeinden überstimmt werden könnte. Zu bedenken sei aber, dass die Region bewusst schwach ausgestaltet sei und die Macht bei den Gemeinden liege. Zudem könne die Region nicht zur Übernahme von Aufgaben gezwungen werden. Sie nehme primär jene Aufgaben wahr, die heute der Kreis besorge. Entsprechend dürfte sich das Interesse für die Region in gleich engen Grenzen halten wie jenes für den heutigen Kreis. Bezüglich Transparenz werde die Region einen Jah-



resbericht machen, und die GPK könne ein Mitglied delegieren, welches die Kommission über die Tätigkeit informiert.

DETAILBERATUNG der Statuten

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Der Statutenentwurf der Region Plessur wird mit 18 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.
2. Der Statutenentwurf untersteht gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

10. Jahresrechnung 2014 Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur (WSC); Kenntnisnahme

Frau **Maissen** stellt eine Frage zur Abgeltung der WSC an die Stadt, die vom **Stadtpräsidenten** beantwortet wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Gemeinderat von der Jahresrechnung 2014 der Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur (WSC) Kenntnis genommen hat.



11. Geschäftsbericht 2014 Chur Tourismus; Kenntnisnahme

In der kurzen Debatte erhält Chur Tourismus Lob und etwas Kritik. Kritisiert wird der Umstand, dass der Bedeutung italienischsprachiger Gäste insofern nicht Rechnung getragen werde, als die Website noch nicht in Italienisch verfügbar sei. Betont wird auch die Aussage des Präsidenten im Geschäftsbericht, wonach im Kulturtourismus noch Potenzial brach liege.

Stadtrat Tom Leibundgut, der zugleich Vorstandsmitglied von Chur Tourismus ist, dankt der Tourismusorganisation für die hervorragende Arbeit im Berichtsjahr. Die Logiernächte des mittlerweile geschlossenen Hotels Post fehlten, und es bestehe sowohl in den starken als auch in den schwächeren Monaten noch Luft nach oben.

Der **Stadtpräsident** verweist auf die hohe Priorität, welche das Thema Hotellerie in der Stadtentwicklung genieße. Bei den Hotels stelle sich die Huhn/Ei-Frage, und er sei der Meinung, dass zusätzliche Hotels auch Gäste anziehen. Die Positionierung von Chur als Drehscheibe des Ferienkantons müsse gestärkt werden; eine entsprechende Strategie werde erarbeitet.

Kenntnisnahme:

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Gemeinderat vom Geschäftsbericht 2014 inkl. Reporting von Chur Tourismus Kenntnis genommen hat.



12. Petitionen des Jugendparlaments Stadt Chur gemäss Art. 64 Geschäftsordnung

Antrag

Eingegangene Petitionen:

- "Ausbau und Optimierung von Grünflächen"
- "Ernennung eines/einer Kinder- und Jugendbeauftragten"
- "Jugendförderungsbericht"
- "Aufbau einer Informationsplattform"
- "Interregionaler Sprachaustausch im Kanton Graubünden"

Kenntnisnahme Resolution Jugendparlament Stadt Chur betreffend Skatepark in Chur.

Am 8. Mai 2014 beschloss der Gemeinderat die Verordnung über das Jugendparlament Stadt Chur; es trat am 1. Juni 2014 in Kraft. Das Plenum des Jugendparlaments kann Projekte, Petitionen oder Resolutionen beschliessen. Es tagte erstmals am 25. April 2015.

Gestützt auf Art. 64 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat kann der Gemeinderat im Rahmen seiner Zuständigkeit eine Petition auf Antrag eines Ratsmitglieds an den Stadtrat überweisen. Dieser hat spätestens innert 3 Monaten zur Petition Stellung zu nehmen.

1. **Ausbau und Optimierung von Grünflächen**

- **Antrag** Mazzetta auf Überweisung an den Stadtrat

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 13 zu 7 Stimmen abgelehnt.

2. **Ernennung eines/einer Kinder- und Jugendbeauftragten"**

2 Wortmeldungen.

3. **Jugendförderungsbericht**

Keine Wortmeldungen.



4. Aufbau einer Informationsplattform

2 Wortmeldungen

5. Interregionaler Sprachaustausch im Kanton Graubünden"

- **Antrag** Kappeler auf Überweisung an den Stadtrat

Abstimmung:

Die Petition wird mit 13 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

Schlussabstimmung:

Von den folgenden Petitionen des Jugendparlaments Stadt Chur wird Kenntnis genommen:

- "Ausbau und Optimierung von Grünflächen".
- "Ernennung eines/einer Kinder- und Jugendbeauftragten".
- "Jugendförderungsbericht".
- "Aufbau einer Informationsplattform".

Die Petition "Interregionaler Sprachaustausch im Kanton Graubünden" wird mit 13 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

Von der Resolution des Jugendparlaments Stadt Chur betreffend Skatepark in Chur wird Kenntnis genommen.

13. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen von Tina Gartmann-Albin (SP) betreffend Elektro-Fahrzeuge werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.



Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag FDP-Fraktion betreffend ALÜ 2.0 Weiteres Vorgehen
- Auftrag Anita Mazzetta und Mitunterzeichnende für die Anpassung des IBC-Artikels zur Förderabgabe

Chur, 17. Juni 2015

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder

**Fraktionsauftrag**

Chur, 10. Juni 2015

ALÜ 2.0 WEITERES VORGEHEN

Der Gemeinderat stimmte am 20. Dezember 2012 dem Antrag der GPK zu, den finanzwirksamen Aufwand, Stand Voranschlag 2013, um mindestens 5% zu reduzieren. In diesem Sinne sind CHF 10 Mio. einzusparen.

Gemäss der Botschaft des Stadtrates vom 19. Mai 2015 (Aufgaben- und Leistungsüberprüfung) „ALÜ 2.0“; Bericht zum Stand der Arbeiten Juni 2015 sind bis jetzt aufwandseitig Massnahmen in der Höhe von CHF 5.2 Mio. Franken beschlossen worden. Beinahe die Hälfte der Massnahmen wurden vom Gemeinderat bzw. Volk abgelehnt. Der Stadtrat kommt in seinem Bericht zum Schluss, dass für die vorgesehene Aufwandminderung in der Höhe von CHF 10 Mio. weitere Massnahmen notwendig sind.

Wir fordern den Stadtrat auf, eine angepasste Auftragsmethode darzulegen, um dem Gemeinderat mehrheitsfähige Vorlagen zu präsentieren, damit der Gemeinderat sein ursprünglich festgelegtes Ziel einer Aufwandreduktion in der Höhe von CHF 10 Mio. erreichen kann.



Hans Martin Meuli



Dominik Infanger



Franco Lurati



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

 Auftrag

 Interpellation

Titel

ALU 2.0 Weiteres Vorgehen

 Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP		
<input type="checkbox"/>	Cavegn Hänni Rita	SP		
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP		
<input type="checkbox"/>	Decurtins Guido	SP		
<input type="checkbox"/>	Durisch Christian	SVP		
<input type="checkbox"/>	Gartmann-Albin Tina	SP		
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP		
<input type="checkbox"/>	Hohl Oliver	BDP		
<input type="checkbox"/>	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
<input type="checkbox"/>	Lurati Franco	FDP		<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
<input type="checkbox"/>	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		
<input type="checkbox"/>	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		
<input checked="" type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP	<i>[Signature]</i>	<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Nay Beath	SVP		
<input type="checkbox"/>	Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
<input type="checkbox"/>	Trepp Michael	Freie Liste Verda		
<input type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP		
<input type="checkbox"/>	Widmer-Spreiter Martha	BDP		

Datum:

11 Juni 2015



Freie Liste Chur

Auftrag für die Anpassung des IBC-Artikels zur Förderabgabe

Mit der Revision des IBC-Gesetzes Art. 38 wurde dem Gemeinderat die Möglichkeit eingeräumt, einen Förderfonds für die finanzielle Förderung von erneuerbaren Energien und stromeffizienten Technologien einzuführen. Diese Abgabe kann gemäss Art. 38 Absatz 2 auf Strom und auf Gas erhoben werden.

Im Art. 14 Absatz 1 StromVG werden Leistungen und Abgaben an die öffentliche Hand geregelt. In der Botschaft zum Gesetz wird darauf hingewiesen, dass Kantone und Gemeinden wie bisher die Möglichkeit haben, Abgaben zu erheben (Botschaft Strom VG 1671). Explizit erwähnt werden neben Konzessionsabgaben auch Beiträge an Energiesparfonds oder andere Förderprogramme. Die Eidg. Elektrizitätskommission ElCom bestätigt dies im Schreiben „Abgaben und Leistungen an Gemeinwesen“ vom 11. Februar 2011.

Das IBC-Gesetz sieht auch eine Abgabe pro kWh auf Gas vor, die jedoch gegen Bundesrecht verstösst. Da der Energiefonds-Artikel eine „Abgabe pro kWh Strom und pro kWh Gas“ vorsieht, scheint es gemäss Stadtrat nicht möglich zu sein, nur die Förderabgabe auf Strom einzuführen und auf die Abgabe auf Gas zu verzichten. Deshalb fordern die Unterzeichnenden den Stadtrat auf:

1. den Art. 38 Absatz 2 IBC-Gesetz anzupassen und die Förderabgabe auf Gas zu streichen.
2. gleichzeitig einen Vorschlag für die Einführung eines Energiefonds zu unterbreiten und die Abgabe pro kWh Strom zu definieren.
3. die Projekte, Investitionen und Dienstleistungen, die von der Förderabgabe profitieren sollen, zu konkretisieren und aufzuzeigen wie die energiepolitischen Ziele damit erreicht werden können.



Anita Mazzetta
Gemeinderätin Freie Liste Verda



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

 Auftrag

 Interpellation

Titel

*Auftrag für die Anpassung des IBC-Artikels
zur Förderobjekte*

 Erster-
zeichnende/r
(ankreuzen)

	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP		
<input type="checkbox"/>	Cavegn Hänni Rita	SP		<i>R. Cavegn</i>
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	<i>M</i>	
<input type="checkbox"/>	Decurtins Guido	SP		
<input type="checkbox"/>	Durisch Christian	SVP		
<input type="checkbox"/>	Gartmann-Albin Tina	SP	<i>x</i>	<i>T. G.-Albin</i>
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP		<i>Stefan Grass</i>
<input type="checkbox"/>	Hohl Oliver	BDP		
<input type="checkbox"/>	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		<i>J. Kappeler</i>
<input type="checkbox"/>	Lurati Franco	FDP		
<input type="checkbox"/>	Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
<input checked="" type="checkbox"/>	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>Ad. Meier</i>
<input type="checkbox"/>	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP		<i>J. Menge</i>
<input type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Nay Beath	SVP		
<input type="checkbox"/>	Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
<input type="checkbox"/>	Trepp Michael	Freie Liste Verda		<i>Michael Trepp</i>
<input type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP		
<input type="checkbox"/>	Widmer-Spreiter Martha	BDP	<i>MW</i>	

 Datum: *11.6.2015*